

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Donnerstag, den 28. November

Anzeigen-Gebühr für die einspalt. Zeile aus gedruckt. Schrift oder deren Raum bei einmal. Einrückung 12 Pf. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Verlagspreis 24. Volkshochschule 6118 Stuttgart.

Wochensatz täglich mit Maßnahme des Sonn- und Festtage. Drei vierteljährlich vier mit Tagelohn Wk. 2.10, im Bezirks- und 10-Km-Bezirk Wk. 2.10, im übrigen Württemberg Wk. 2.20 Monats-Abonnement nach Verhältnis.

№ 280

1918.

Die deutschen Frauen und die Politik.

Der gewaltige Umsturz unserer innerpolitischen Verhältnisse hat zu Lasten geführt, die von der Mehrzahl unserer Volksgenossen festliche Reueinstellung verlangen. In ihnen gehört die Verteilung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung an die Frauen, die, von historischer Gewalt bestimmt, bei der endgültigen Festlegung der neuen Staatsform nicht mehr rückgängig gemacht werden kann und wird. Damit sind die deutschen Frauen mit einem Schlage Mitwirkende am politischen Leben geworden, dem sie bisher nur als innerlich mehr oder weniger beteiligte Zuschauerinnen gegenüberstanden. Ihnen ist damit aber auch eine Verantwortung auferlegt, die alle früheren Erwartungen weit übersteigt; wird es doch in großem Maße von der Wahlbeteiligung der bürgerlichen Frauen abhängen, in welcher Stärke und Zusammensetzung das Bürgeramt auf der Nationalversammlung den berechtigten Nachhabern gegenübersteht.

Das Bewußtsein dieser schicksalsschweren Verantwortung zu wachen, es in alle Frauenherzen zu tragen, ist jetzt Aufgabe der Stunde.

Die bis zum Ueberdruß gehörten Worte: „Die Frau gehört ins Haus“ — sie ist zu schade für das politische Leben“ waren der Ausdruck von Anschauungen, über deren Berechtigung heute angesichts der Tatsache der Einschränkung des Frauenwahlrechts nicht gestritten werden soll, die aber jeder-falls in Verkennerung und Unterschätzung der sich vollziehenden wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen die Frauen davon abgehalten haben, sich mit volkwirtschaftlichen und politischen Fragen zu beschäftigen oder für die Ziele der Weltverbesserer einzutreten. Diese an sich schätzenswerte Anhänglichkeit der Frauenideale, das bei der zunehmenden geistigen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Frauen keine Berechtigung verloren, hat nun dazu geführt, daß die Mehrzahl der jetzt zu Wählerinnen berufenen Frauen der mittleren und Oberschichten dieser neuen Pflicht fast unvorbereitet gegenübersteht, im Gegensatz zu den Frauen der Arbeiterschreite, die seit Bestehen der sozialdemokratischen Partei in dieser vollständigen Gleichberechtigung geübt und zum Teil gewöhnlich durch Jugendorganisationen für die politische Propaganda erzogen wurden. Wie sie ihren Einfluß in Familie und Beruf üben, welcher Erfolg damit erzielt wurde, ist zu bekannt, um des Näheren beleuchtet zu werden.

Von den bürgerlichen Frauen schloß sich dagegen noch 1909, als das neue Vereins- und Versammlungsrecht ihnen das Recht gab, sich in politischen Vereinen zu betätigen, nur eine verschwindend kleine Zahl den ihrer Ueberzeugung entsprechenden politischen Parteien an. Erst die Kriegsjahre wachten eine lebhaftere Anteilnahme der Frauen am politischen Leben, die nun auch von den Parteien selbst nicht nur gewünscht, sondern erstrebt wurde. Dankbar sei es anerkannt, daß die nationalliberale Partei in dieser Beziehung führend voranging und als erste Partei, abgesehen von der sozialdemokratischen, den Vertreterinnen ihrer verhältnismäßig zahlreichen Frauengruppen Sitz und Stimme im Zentralvorstand gewährte.

Heute nun aber ist es unerlässliche Pflicht jeder einzelnen Frau, sich über ihre politische Stellungnahme klar zu werden, sich parteipolitisch zu organisieren, in Haus, Beruf und Verkehrskreis sowie an der Wahlurne ihre Ueberzeugung zu vertreten. Vorbildigung dafür aber ist, daß sie selbst erst eine politische Ueberzeugung gewinnt. Zwecklos ist die Not dieser Zeit den meisten eine gestrenge Lehrmeisterin geworden, sie hat auch die Gleichgültigkeit aufgestellt, hat alle Vorurteile bei Männern und Frauen zusammenbrechen lassen, aber viel bleibt noch zu tun, um den guten Willen zu fruchtbarer Tat zu führen. Um ihr zu nützen und das gewordene Bewußtsein reifen zu lassen, muß jetzt an die Frauen die Forderung gestellt werden, sich in unablässiger Hinsicht mit den politischen Vorgängen und Erörterungen zu beschäftigen, sich in Besprechungen über die Programme der einzelnen Parteien sowie über Fragen der Wahltechnik unterrichten zu lassen und auch ihre Familienmitglieder und Hausangehörigen zum Besuch von belehrenden Vorträgen, zum Lesen der Tageszeitungen ihrer parteipolitischen Richtung zu veranlassen.

Dabei ist der Einwirkung auf die Hausangehörigen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Schon jetzt sind Fälle vorgekommen, in denen Kleinmädchen strahlend berichteten, daß sie Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie

geworden seien, ohne daß sie recht wußten, was dieser Schritt bedeutet. „Die Hausmeisterin hat mich in eine Versammlung mitgenommen“, ist die Antwort auf die Frage wie das Mädchen dazu gekommen sei. Was die Hausmeisterin für ihre Partei tut, muß die bürgerliche Frau in gleicher Weise tun. Von den Sozialdemokraten müssen wir endlich lernen, was politische Anteilnahme bedeutet und zu erreichen vermag. Um dorthin zu können, müssen die Frauen aber erst selbst lernen, müssen Einwürfen gegenüber die richtige Antwort zu finden wissen, müssen sie den Leuten und Schwachen mit gutem Beispiele vorangehen.

Dabei werden manch' Selbstüberwindung zu üben und auch eine gewisse geistige Tüchtigkeit zu überwinden haben. Der Roman und das „Bemischte“ in den Zeitungen zu lesen wird noch immer vielen vorzuziehen erscheinen als der Lesartikel und die parteipolitischen Nachrichten. Je umfassender der Gesichtskreis aber wird, desto mehr werden die Frauen erkennen, daß ihr Pflichtenkreis den engen Rahmen der Häuslichkeit jetzt weit überschritten hat, daß er hinausgreift in das politische Geschehen in die Zukunft unseres Vaterlandes. Deutsche hat einmal ausgesprochen, daß „das politische Leben des Volkes eine rein menschliche Seite bietet, welche von den Frauen verstanden, seiner und fruchtbarer verstanden werden kann als von den Männern“. In diese mehr gefühlsmäßige Auffassung des politischen Lebens müssen sich diejenigen halten, denen die rein verstandesmäßige noch ungewohnt erscheint.

Das aber steht heute schon fest, daß die bereits parteipolitisch organisierten Frauen, so stark ihr persönliches Empfinden sie auch drängen mag, ihm nachzugeben, doch die realpolitischen Forderungen dieser Zeit nicht übersehen werden. Bei dem sich vollziehenden großen Umwälzungs- und Verschmelzungsprozeß der Parteien stehen sie damit nicht den Männern ihrer Richtung vor einer Bewusstseinsfrage, die nur beantwortet werden kann, wenn man das Endziel, den Ausgang der Wahlen zur Nationalversammlung, fest im Auge behält. Jedenfalls aber, mag die einzelne sich parteipolitisch einer neueren Organisation anschließen oder der alten Treue bewahren, Stimmenthaltungen darf es auf keinen Fall bei den bürgerlichen Frauen geben. Man kann es bedauern, daß die Altersgenossen der Wahlberechtigten so tief herabgesetzt ist, wir sind aber gezwungen, damit zu rechnen, daß lebensunerfahrene Hausväter und Hausangehörige mit den reifen Frauen zusammen an die Wahlurne treten. Diese jungen Elemente davor zu zu bewahren, vorzuziehenden Schlagworten Gehör zu schenken, ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben, an der die bürgerlichen Frauen nicht achtlos vorübergehen dürfen.

Mehr als vier Jahre haben die deutschen Frauen sich herben Kriegspflichten in vorbildlicher Weise unterworfen, die höchste Pflicht gilt es aber erst jetzt zu erfüllen durch die geschlossene Mitarbeit am Wiederaufbau unseres jetzt zerbrochen in Schande und Armut stehenden, darum in doppelt heftiger Inbrunst geliebten Vaterlandes.

Die Vorbereitung für diese heilige Aufgabe seien diese nächsten Wochen gewidmet. Die große Umwälzung hat uns ein Recht gegeben, daß wir von uns, die es lange erstrebten, aus der Hand der Diktatur nur unsre Mitbestimmung empfinden. Dieses Recht liegt jetzt allen deutschen Frauen die Pflicht auf, sich in hingebender Weise am politischen Leben zu beteiligen, denn die Stimmen der Frauen werden das Fingergeld an der Wage sein, dürfen den Ausgang der Wahlen zur Nationalversammlung entscheiden. Darum darf es kein Zögern, kein Ausweichen, keine geistige oder körperliche Bequemlichkeit mehr geben. Lernen, Lehren, werden sich organisieren ist jetzt die unerlässliche Aufgabe der bürgerlichen deutschen Frauen in der Politik. (Edg. Rundsch.)

Große Notlage unseres Ostheeres.

Verlin, 26. Nov. WSB. In der Front im Osten stehen in ihrer ganzen Ausdehnung und Tiefe betrachtet, noch etwa eine halbe Million deutscher Männer. Da der Krieg im Westen Deutschlands Jugend wechsellagernde im Ostheer immer mehr und mehr gesteht, die körperlich leistungsfähigen Männer ihm entzogen und nur die alten, minder leistungsfähigen Mannschaften bleiben zurück.

Nun bringt der Friede dem Ostheer große Gefahr, die in ihrer ganzen Größe noch nicht zu übersehen ist, wenn nicht schnell alle geeigneten Gegenmaßnahmen getroffen werden.

Eine Abordnung des Soldatenrats der 10. Armee hat gestern die maßgebenden Stellen der Regierung besucht und ihnen die Lage des Ostheeres geschildert. Darin heißt es:

Das weite Land ist ohne Verkehrsstraßen; auf schlechten russischen Landwegen, in Eis und Schnee, und schlimmer noch, im Schneeschlamm, müssen die Truppen viele, viele Kilometer weit marschieren, um eine Bahnlinie zu erreichen.

Im weiten Bereich der von unseren Truppen besetzten Eisenbahnen mit russischer Spurweite gehen nur sehr wenig Wagen zur Verfügung, die auch zugleich der Lebensmittelversorgung der Städte dieses Gebietes dienen müssen. Deshalb sind große Herdenmassen gezwungen, weiter zu marschieren, bis zu den Eisenbahnknotenpunkten Baranowitsch, Mlotetschno und Winoburg, wo die russische Spurweite endet und die mitteleuropäische beginnt. Dort erst können größere Truppenmassen verladen und dem Abmarsch der Ostarmee ein schnelleres Tempo gegeben werden.

Aber dort staut sich nun eine Gefahr auf, die äußerst gefährlich werden kann. Schon jetzt stauen sich dort Transporte russischer Kriegsgefangener an, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, für die aber weder Transport noch Lebensmittel, ja nicht einmal genügend Unterkünfte bereitstehen. Schon jetzt sind von ihnen Plünderungsversuche gegenüber den Provisianten im Werk gesetzt worden, und mit jedem Tag wächst die Gefahr, daß die übergroße Masse der zurückstehenden Kriegsgefangenen dort unsere rückziehenden Truppen den Weg verbarrikadiert. Man male sich aus, was entstehen mag, wenn diese Hunderttausende aus verschledenen Richtungen hier auf engstem Raum zusammenströmen, alle gleich intensiver Drang besetzt, alle gleichmäßig bedroht werden von Hunger und Kälte, die schnell mit aller Erbarmungslosigkeit wüten werden.

Die Soldatenräte der 10. Armee bitten deshalb im Interesse ihrer Kameraden und des ganzen Ostheeres, daß nicht mehr russische Kriegsgefangene heimbeordert werden, als dort Nahrungs- und Transportmöglichkeiten finden. Kein Wachmann darf jetzt seinen Posten verlassen! Keiner darf einen Russen antworten lassen, er handelt sonst direkt verdröckerlich! Und den russischen Kriegsgefangenen ist klar zu machen, daß es die Heimat des Grabes sein wird, die hier wartet, wenn sie sich nicht gebären können, bis auch für sie der Weg frei ist, der zu der Heimat führt, wo ihre Lieben ihrer hatten!

Tagedesneuigkeiten.

Einspruch gegen die Unterbindung des Verkehrs mit den linksrheinischen Gebieten.

Sosa, 24. Nov. WSB. Heute ist dem General Rudant eine Einspruchs-Note dagegen überreicht worden, daß bei der Befreiung Elsaß-Lothringens durch die Alliierten der Verkehr zwischen diesen Gebieten und dem übrigen Deutschland gänzlich unterbrochen werde, daß dadurch auch der Zahlungsverkehr zwischen Elsaß-Lothringen und dem übrigen Deutschland zum Stillstand gekommen ist und Folgen entstehen, die das Wirtschaftsleben in den elsass-lothringischen Gebieten auf das schwerste bedrohen. Seit drei Tagen sind ähnliche Zustände auch in den anderen besetzten linksrheinischen Gebieten eingetreten, in Saarbrücken. Es wird gebieten, diese unhaltbaren Zustände, namentlich auch im Interesse der linksrheinischen Arbeiterschaft, die an erster Stelle davon betroffen wird, sofort abzustellen.

Der Kampf gegen den Volksgewinn.

Schweizer Grenze, 26. Nov. Die „Tribuna“ meldet: Stellen nimmt mit 250 000 Mann am Feldzug gegen Rußland teil.

Der „Secolo“ meldet das Auslaufen der italienischen Flotte nach Marseille zur Bekämpfung der Truppentransporte der Alliierten nach Odesa zum Vormarsch auf Moskau.

Die „Times“ und „Morning Post“ melden die Aufrechterhaltung der Mobilisierung der Entente zum beschleunigten Vormarsch nach Rußland. Die „Morning Post“ schreibt, der russische Volksgewinn sei zu Ostern besiegelt.

„Herald“ berichtet aus Tokio: Der Oberbefehlshaber der japanischen Armee droht, daß die japanischen Bahnen Lomok erreichen und sich auf dem Vormarsch auf Tobolsk befinden.



Osag, 26. Nov. Die „Times“ melden aus Stockholm: Unter den Bolschewisten und Sozialisten in Russland wächst die Ueberzeugung, daß ihre Macht im Schwanden begriffen ist. Die Folge davon ist eine Zunahme der Plünderungen und Gewalttätigkeiten gegen Ausländer, besonders gegen Deutsche, von denen in den letzten Tagen nach Zerstörung des Konsulats 250 verhaftet wurden. 200 Engländer, Franzosen und Italiener sind nach Finnland geflüchtet. Die Besichtigungen der Bolschewiki werden dadurch befristet, daß die erwartete kommunistische Umwälzung in Europa, besonders in Deutschland nicht eingetreten ist. Dagegen macht sich in der Ukraine eine radikale Bewegung geltend. In Ekaterinosdar ist unter Führung des Generals Dragomirov eine vorläufige Regierung gegründet worden. Die Bolschewiki schließen die Interzentra der Allierten und haben die finnischen Häfen mit Minen blockiert. Die finnischen Küstenbatterien beschossen die russischen Minenleger, die das Feuer erwiderten.

Der französische Befehlshaber gegen die roten Plakate.

Saarbrücken, 26. Nov. Der französische Kommandeur hat u. a. „König“ angeordnet, daß alle roten Plakate sofort entfernt werden müssen. Er macht die Hausbesitzer für die sofortige Entfernung verantwortlich.

Dänemark fordert Nordschleswig.

Kopenhagen, 25. Nov. WTB. Der Minister des Äußern Erik Seidenius hat namens der Regierung am 25. November dem Reichstagsabgeordneten Hansen auf dessen Schreiben bezüglich Nord-Schleswigs eine Antwort geschickt, in der es heißt: „Die dänische Regierung, die mit tiefer Befriedigung erfahren hat, daß die politische Organisation der dänischen Nordschleswiger, der Wählerverein für Nordschleswig, in ihrer Resolution vom 17. November sich für eine Lösung der Frage ausgesprochen hat, die mit dem von den Mitgliedern des dänischen Reichstages in der geheimen Sitzung vom 23. Oktober ausgesprochenen Wunsch, Gefühl und Interesse des dänischen Volkes übereinstimmt, wird sich jetzt an die Regierungen der assoziierten Mächte wenden, um bei den Verhandlungen über den Weltfrieden für das Recht der dänischen Nordschleswiger Anerkennung zu erlangen, indem sie gleichzeitig unter Hinweis auf das an sie gerichtete Schreiben des Ministers des Äußern der deutschen Republik diesem Mitteilung übergeben wird. Die dänische Regierung drückt ihr sicheres Vertrauen aus, daß damit der brennende Wunsch aller Dänen bezüglich der Wiedererreichung seiner Erfüllung nahe sein wird.“

Ein Staatsstreich in Sibirien.

Osag, 26. Nov. Die „Times“ erfahren aus Omsk vom 18. Nov. daß dort ein erfolgreicher Staatsstreich unternommen wurde. Admiral Koltshak hat die gesamte Macht übernommen und sich zum Diktator für das sibirische Russland erklärt. Er besuchte den Obersten Ward, den Chef der englischen Militärmission und erklärte ihm, er habe die Regierung übernommen, um Russland mit einem disziplinierten Heere zu retten und eine tatkräftige Regierung zu errichten. Er beabsichtigt nicht, die Monarchie wiederherzustellen und auch nicht eine konstitutionelle Reaktion zu fördern.

Ein interessantes Zugeständnis.

In Berlin fand am Sonnabend eine Liebaner-Berammlung für Frontsoldaten statt. In der er in der sibi-

chen Weise harte; gegen die Gegenresolution habe nur, daß sich die Arbeiter und Soldaten die Macht nicht wieder entreißen lassen. Obwohl er immer nur das Interesse der Soldaten wahrgenommen, werde er andauernd von den Soldaten bedroht. In der Diskussion hatten Liebkechts sozialistische Gegner große Mühe, sich durchzusetzen. Bemerkenswert war, was ein Herr Ragnstein sagte: Die Resolution vom 9. wäre schon am 11. zusammengebrochen, wenn die Beamten nicht weiter ihre Pflicht getan hätten.

Der Einzug in Straßburg.

Genf, 26. Nov. Auszug aus dem amtlichen französischen Bericht vom 25. November: Marshal Petain hielt heute, begleitet von General Castelnau, an der Spitze der Armee Gouraud seinen Einzug in Straßburg. Unter dem Beifall einer von Begeisterung und Rührung jauchzenden Bevölkerung marschierten die französischen Regimenter durch die in den Nationalfarben wunderbar geschmückte Hauptstadt des Elsaß. In dem einzigen Rufe: „Vive la France!“, der sich unablässig wiederholte, gab ein ganzes Volk seiner Freude darüber Ausdruck, das verlorene Vaterland wiedergefunden zu haben und bekräftigte vor der ganzen Welt die unerschütterliche Anhänglichkeit des Elsaß an Frankreich.

Verdrängung der Bürgerlichen.

Berlin, 26. Nov. Die „Freiheit“ teilt triumphierend mit, daß Staatssekretär Solff in der aller nächsten Zeit seinen Abschied einreichen würde. Der preussische Justizminister Spahn, der diesen Kreis gleichfalls ein Dorn im Auge ist, hat bereits seinen Abschied gegeben. Das preussische Justizministerium wird nunmehr zu gleichen Rechten ausgeteilt zwischen dem Berliner Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, der sich zu den Ultra-Radikalen hält, und Wolfgang Heine als Vertreter der Sozialdemokratischen Scheidemännischer Richtung.

Die rote Fahne.

Kassel, 26. Nov. WTB. Bereits vor einigen Tagen holte ein Offizier mit zwei Unteroffizieren eine der vom Triumphbogen vor dem Bahnhof wehenden roten Fahnen abzureißen versucht. Heute früh 1/6 Uhr erschienen Leutnant Krüger, Rittmeister Kroska und ein dritter Offizier, dessen Namen nicht festgestellt werden konnte und rissen beide rote Fahnen herab, um sie zu zerschneiden. Auf die vom Posten alarmierte Wachmannschaft schoss Leutnant Krüger mit einem Gewehr und wurde darauf von der Wache tödlich verletzt. Der Rittmeister wurde gestrichelt und abgeführt, der dritte Offizier ebenfalls.

Bethmann Hollweg zu den Münchner Ältern.

Berlin, 27. Nov. Die Diskussion über die Elanerschen bayerischen Dokumente geht weiter. Heute nimmt an der Angelegenheit auch Herr von Bethmann Hollweg, der sich die beiden letzten Jahre hindurch einer schweigenden Zurückhaltung befleißigt hat, das Wort. Er hat zu einem Mitarbeiter der „Deutschen Ztg.“ sich unter anderem wie folgt geäußert: Es sei richtig, daß wir Österreich beigestimmt hätten, als es nach dem Attentat von Sarajewo ein Vorgehen gegen Serbien für nötig erklärt hätte. Wir hätten aber den Vorfall als Ultimatum vor der Abhandlung nicht gekannt. Aber die damalige politische Gesamtsituation mit der von Russland betriebenen systematischen Ausschöpfung der Stellung Österreich-Ungarns auf dem Balkan war für Deutschland lebens-

gefährlich. Unser Bestreben, den österreichisch-serbischen Konflikt dann zu lokalisieren, sei durchaus kein falscher Gedanke gewesen. Auch Sie Edward Grey hätte ihn unterstützt. Gegeben sei unsere Absicht lediglich an Russland, aber wie hätten dann zwischen Petersburg und Wien zu vermitteln versucht. Erst die russische Generalmobilisierung war der Krieg. Daran könne nach den Enthüllungen des Prozesses Sachomilow kein Mensch mehr zweifeln. „Uns die Schuld am Kriege ausbürden, heißt Gegner für schuldig erklären, die jahrzehntelang vereint Pläne betrieben, die sie nur bei kriegerischer Explosion verwirklichen konnten, uns aber verweigert, uns dagegen anzuhängen.“ Herr von Bethmann stellt dann die Frage, wie es gekommen sei, daß trotzdem die ganze Welt von unserer Schuld überzeugt gewesen sei. Er seine den Tag herbei, wo er dazu beitragen könne, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Die gegenwärtigen einseitigen und fragmentarischen Publikationen könnten nur Verwirrung stiften. Immerhin spricht Herr von Bethmann mit zwei Worten auch von unserer Schuld. Er wiederholt in Bezug auf Belgien, was er am 4. Aug. 1914 im Reichstag ausgeführt hat und er meint von Elsch-Lothringen: „Unsere Schuld erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, Elsch-Lothringen eine Behinderung angeheben zu lassen, welche seine Bewohner den Befehl ihrer staatlichen Zugehörigkeit allmählich vergessen ließ, und welche zugleich hätte verhindern können, daß in großen Teilen der Welt allmählich das Gefühl von einem gewaltigen von uns im Jahre 1871 begangenen Unrecht entstand, ein Gefühl, das im Jahre 1871 speziell in England und Amerika durchaus nicht Gemeingut war.“

Vor allem aber müssen wir zugestehen, daß wir durch Mängel unseres Nationalcharakters und Sünden unseres allgemeinen Gedarens zu der kriegerischen Hochspannung beigetragen haben, welche die politische Atmosphäre nicht nur im letzten Jahrzehnt erfüllte. Worte, welche als Provokation gedeutet werden konnten, sind wiederholt gefallen. Abendliche Treibereien haben uns im Ausland und Inland größten Schaden zugefügt, und vor allem war es die sogenannte Flottimpolitik, die uns in verhängnisvoller Gegenlage geführt hat, dazu unangenehme Mängel in unserer inneren Politik.

Im Übrigen ist natürlich Herr Bethmann, wie jeder verständige und einsichtige Mensch in Deutschland davon überzeugt, daß die Elanerschen Publikationen das unglückliche Deutschland zu schädigen geeignet sind. Eine andere Meinung hegen allein unsere Unabhängigen. Ihr unpopuläres Organ, die „Freiheit“, erklärt heute, von dem Genossen Kautsky, dem Beigeordneten und Aufpasser des Staatssekretärs Solff, zu der Erklärung ermächtigt zu sein, daß ihm von dem Protest des Auswärtigen Amtes gegen die Elanerschen Publikationen nichts bekannt gewesen sei. Kautsky sei auch durch die letzte Note Solffs an Lansing vollständig übersehen gewesen. Er begrüße im Organfeld die Veröffentlichung der Berichte des Grafen Lerchenfeld mit Genugtuung und sei seinerseits bei der Arbeit, ähnliche Publikationen über die Vorgeschichte des Krieges vorzubereiten.

Das kann ja dann noch ganz nett werden. Daß für Herrn Solff unter den obwaltenden Umständen kein Platz mehr im Auswärtigen Amt sein kann, liegt auf der Hand.

„Enthüllungen.“

Berlin, 27. Nov. In den Mitteilungen der Neuen Freien Presse über ein Friedensgespräch im Frühjahr 1918 schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung: Bei dieser

Der Traum in Feindesland.

Roman von Justus Schoenthal.

33) (Nachdruck verboten.)

Der Hauptmann hörte mit gesteigerter Aufmerksamkeit zu. Er glaubte ja nicht alles, was Atterley in dem Hut und behendem Sport vorbrachte, auf Wort. Manches schien übertrieben; aber gelogen war das sicher nicht. Es lockte ihn, Näheres über die englische Presse zu erfahren. „Ich hielt aber gerade die englische Presse für die anständigste.“

Atterley nickte ein heiteres Nicken an. „Ich kenne die Presse fremder Länder wenig, glaube aber nicht, daß anderswo so große Zustände möglich sind, wie bei uns. Ja, nach außen hin wird der Schild immer hübsch blank geräumt. Aber die Rückseite ist vom Rost zerfressen und zertrümmert. Was sind es denn auch für Leute, die zum journalistischen Beruf übergehen? Reicht um die Erde gegangene Schriftsteller oder Leute mit zweifelhafter Vergangenheit, die nirgendwo anders gut sitzen. Ich bin ja mit den meisten von diesen Herren bekannt geworden; ich bin überzeugt, es ist in ganz Großbritannien kein Duzend ehrlicher Kerle darunter. Zeitungsmensch sein heißt bei mir so viel, wie irgendwo einen dunklen Punkt haben. Ich fühle mich innerlich gedemütigt, wenn jemand mich für einen Mann von der Presse hält. Dabei sollte Journalist ein Ehrenname sein. Ein Schandmal ist es aber heute. Wir tun niemand einen Gefallen, wenn er mich Journalist nennt. Ich verachte das, mit Spitzbuben und Lumpengehinde in Reich und Glied zu stehen.“

Langford fiel ihm ins Wort. „Na na, wozu so scharfe Ausdrücke? Sie überreiben, Herr Atterley.“

„Überreiben? Möglich. Wer, glauben Sie, daß der verantwortliche Leiter der „Free Edition“ ist, die ihre Angriffe gegen mich gerichtet hat? — Sie werden zusehen, daß es ja verantwortliches Stück — es ist doch logischer als Spitzbuben der kritischen Zeitungswelt — ein

Herr ist, der Universitätsbildung besitzt oder wenigstens eine höhere Schule besucht hat. Der Herr, eben jener Bolmerston, hat nie eine Universität, nie ein College oder ein Lyzeum besucht, sondern, wie er sich selbst rühmt, nur eine Elementarbildung genossen, wie sie jeder Arbeiter nicht besser und nicht schlechter hat. Und wissen Sie, wer der ständige Rechtsberater der Zeitschrift und der ganzen Vereinigung ist? Ein Herr, der wegen Eigentumsvergehens verurteilt ist. Ja, wohl, ein entlassener Strafling! Mündelgelder hat er als Treuhänder unterschlagen, der ausgezeichnete Herr Euner, der dann... nun, es genügt wohl? Diese Herren, ein bildungsloser Ignorant und ein entlassener Strafling, geben in unserer Presse den Ton an. Nun werden Sie vermutlich genügende Hochachtung vor den anderen Elementen der kritischen Presse haben. — Glauben Sie, daß das in Frankreich oder Deutschland möglich wäre?“

„Nun verstehe ich doch wenigstens teilweise Ihren Brief an Lord Southcliffe. Was hat aber gerade er mit Ihrer Angelegenheit zu tun?“

„Nicht eben viel und doch genügend!“ versetzte Atterley bissig. „Ich habe ich all die Jahre mein Leid geliebt. Er hat mir dann die Stelle an seinem Verlag verschafft gegen den Hungerlohn von zwölf Pfund im Monat. Er hat mir schließlich geraten, den bildungslosen Ignoranten zu verlassen und mit ihm zugleich eine Zeitung, die zum Teil die Angriffe gegen mich durch Veröffentlichung ihrer Unverschämtheiten hervorgerufen hat... Sie erinnern sich, daß kürzlich noch Lady Selby von den Verleumdungen sprach, die gewissenlose Schmeichler über mich verbreitet hätten? ... Und als es heute zum Klappen kommt, sagt der Herr gegen mich aus!“

Er schlug mit der gekullten Faust auf den Tisch, daß Gläser und Platten zitterten.

Langford war die Szene peinlich.

„Aber beruhigen Sie sich doch! Wir erregen ja unheimlich Aufsehen... Haben Sie übrigens keinen Schweißkellner, der Ihnen helfen könnte?“

„Sagen die Schmeichler, wozumal Sie sich beiher! Lord Southcliffe ist ja ohnmächtig wie ein Kavalier mit

einem Jahresbeitrag von 50 Pfund! Wir werden doch ein so schändliches Ehrenmitglied nicht befehlen!“

„Ich dachte ja auch nicht gegen Lord Southcliffe, sondern nur so im allgemeinen!“

„Aber Atterley schüttelte traurig das Haupt. „Der kann nur noch eins lassen, und das bin ich willens zu tun!“

Der Offizier beachtete dies nicht; er fragte weiter: „Sollte Ihnen die sozialistische Presse nicht helfen?“

Atterley lachte bitter auf.

„Die Sozialisten?! Ich bitte Sie, Herr Hauptmann! Das ist doch die Partei, die den Grundfals versteht, daß die andern zahlen sollen! Die werden doch nicht in den eigenen Beutel greifen! — Sehen Sie, meine Klage heute früh, die richtete sich nicht allein gegen den bildungslosen Ignoranten, sondern gerade auch gegen die „Labour Post“, unser größtes Arbeiterblatt... Ja, die Sozialisten sind in ihrer Stumpfsinnigkeit am weitesten gegangen und trotzdem fand ihr Anwalt heute den Mut, mich einen Schädling nennen und es als ein Verdienst der „Labour Post“ zu lobpreisen, daß sie den Finger auf die Wunde gelegt... Sie sind doch Kluger, wie ich erfahren habe? Es ist möglich, daß Ihnen in einer Gesellschaft der Juristen begegnet, der die Stirn zu dieser Dreißigkeit halte. Er verkehrt viel draußen auf dem Flugplatz in Woolwich. Sollte Ihnen ein Adressat vorgestellt werden, — merken Sie sich den Namen: Burnham heißt der Lump!“

In Langfords Gedanken fuhr ein Blitz ein.

„Verkehrt denn dieser Herr Burnham in den Kreisen der besseren Gesellschaft?“

„Manche Kreise dulden ihn aus Angst. Denn Adressat und zugleich Sachverwalter der „Labour Post“, das heißt doch Salan und Verleumdung in einer Person sein! — Leute, die keine Angst vor ihm zu haben brauchen, werden und verachten den Lumpen, dessen Gewerbe darin besteht, zu klagen und zu verurteilen.“

(Fortsetzung folgt)

neuesten Enthüllung lauden, zunächst Zweifel an der vollen Unparteilichkeit der Quelle auf. Sie dürfte in Reich zu suchen sein, die dem Verbands nabe stehen. Es liegen Inhaltspunkte dafür vor, daß im Frühjahr 1918 wirklich verbindliche Besprechungen zwischen Vertretern des Bundes und der damaligen Propagandachef eingeleitet worden waren. Diese Fühlungsnahme wurde aber auf deutscher Seite so auf gelockt, als gäbe sie lediglich darauf hin, daß deutsch-ungarisch zu einem Sonderfrieden zu werden und dem deutschen Bündnis ablehnung zu machen. Ob bei der Gegenpartei die Absicht bestand, falls dieses Vorhaben scheitern sollte auf dem eingeschlagenen Weg zu einer weiteren Besichtigung mit beiden Bündnispartnern zu gelangen, läßt sich zu Stunde noch nicht nachprüfen. Die nächste Zeit dürfte aber nach Schluß des einschlägigen deutschen Ultimats vornehmlich in Zusammenhang mit dem erörtern, ob durch die wiederholten deutschen Friedensangebote bei Gegenpartei in der Tat vermehrte Bemühungen angestellt wurden u. wann sie in diesem Fall gescheitert sind.

Ein russischer Protest gegen den deutschen Waffenstillstand.

Berlin, 26. Nov. W.B. Aus Moskau ging folgender Funkpruch an: Die russische öffentliche Meinung aller Richtungen ist empört über die Politik der Leiter der Entente gegenüber Deutschland. Selbst blüherliche Kreise, die geglaubt hatten, daß das Programm des Präsidenten Wilson die Forderungen der Entente-Länder mit dem würde erkennen klar, daß die Punkte Wilsons für die Regierungen der Entente nur ein vorläufiger Fehlpfeiler sind. Wilson hat Europa betrogen. Das Verbrechen, das die russischen Imperialisten begangen, als sie die Rechte Belgiens verletzten, bedeutet nichts im Vergleich zu dem, was die Mächte der Entente jetzt tun, ohne dafür eine Berechtigung oder Entschuldigung zu haben. Forderungen der Entente, die auf eine Entlassung Deutschlands hinauslaufen, werden von der Völker-Gemeinschaft als rassistische Propaganda als Sordrückeung betrachtet, das deutsche Volk, wenn auch nicht formell, so doch weitestgehend tatsächlich zur Unterstützung zu unterstützen, zumal man man bedenkt, daß diese Entlassung sich ohne den Schutten einer Vorkriegszeit für die internationalen Interessen des deutschen Volkes auswirken hätten. Die anderen Forderungen der Entente bedürfen ebenfalls der gesamten Öffentlichkeit Aufklärung. Überall bespricht man mit Empörung die Bedingungen, nach denen Deutschland 5000 Kraftwagen, 5000 Lokomotiven und 150000 Eisenbahnwagen zu übergeben hat. Besonders die Frauen sagen sich mit Schrecken, daß die 120 Millionen Einwohner von Mitteleuropa, darunter viele Millionen von Frauen und Kindern, durch die Blockade und die Vermittlung, welche durch die Währungs-Deutschlands durch die alliierten Imperialisten hervorgerufen werden wird, Hunger leiden werden. Die russische Öffentlichkeit ist empört über das Betreiben der europäischen Großindustrie, welches die Trusts, Bankiers und Kapitalisten in bezug haben, welche die Politik der Entente mächte leiten. Versprechungen für ihr eigenes Schicksal erfüllten die Bevölkerung des sozialistischen mit seinen 100 Millionen Einwohnern, und diese Versprechungen sind von schlimmer Bedeutung für die französischen, englischen und amerikanischen Interessen.

Regentruppen in der Pfalz.

Ludwigshafen, 26. Nov. Die Besetzung der Westpfalz mit schwarzen Truppen der Franzosen, die auch vermutlich nach der übrigen Pfalz vorgeschickt werden, hat in der Bevölkerung große Aufregung und Entrüstung hervorgerufen.

Neue Hindernisse für Mackensen.

Budapest, 26. Nov. W.B. Die ungarische Regierung hatte vom Oberkommando der alliierten Orientarmee, General Franchet d'Espèrey, ein Fankentelegramm erhalten, in dem er darauf hinweist, daß die für den Abzug der deutschen Truppen in Ungarn vorgesehene Frist am 10. Nov. abgelaufen sei, und daher die Entlassung und Internierung der zur Zeit noch in Ungarn befindlichen deutschen Truppen erforderlich wäre. Da die beiden zwischen Ungarn bzw. Deutschland und den Alliierten geschlossenen Waffenstillstandsverträge die Frage des Abzuges deutscher Truppen aus Ungarn nicht ganz klar stellt, sind darüber neue Verhandlungen aufgenommen worden. Feldmarschall Mackensen sieht dem Ergebnis der Verhandlungen in einem Hauptquartier in Hermannstadt entgegen und wird in Sinne der von der deutschen Volksregierung getroffenen Entscheidung handeln.

Einladung an Wilson?

Berlin, 27. November. Der „Völk" will wissen, daß von einflussreichen Kreisen auf die Regierung dahin eingewirkt werde, von deutscher Seite eine Einladung an den Präsidenten zu richten, nach Deutschland oder einen deutschen Hafen zu besuchen, falls er sich zu der Friederungskonferenz nach Europa begeben würde. Wie verzeichnen diese Nachricht mit allem Vorbehalt.

Das Geheimnis.

München, 26. Nov. W.B. (Korrespondenz Hoffmann). Die früheren Staatsminister von Helldorf, von Bismarck und von Rühlmann erklären, von dem gestrigen durch die Presse bekanntgegebenen Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin und von den darin behandelten Tatsachen bisher weder amtlich noch privat die geringste Kenntnis gehabt zu haben. Dieser Erklärung hat sich auch der frühere Reichsminister von Seidelin angeschlossen. Der

Minister hat von sich aus beschlossen, diese Erklärung zu veröffentlichen.

Gewalttaten örtlicher A- und E-Räte.

Berlin, 26. November. Von Tag zu Tag häufen sich immer mehr die Gewalttaten örtlicher Arbeiter- und Soldatenräte. Die Reichsregierung verzweifelt, daß sie nicht, was in ihrer Macht stehe, unterlasse, um dieser Erscheinung entgegenzuwirken. Sie ist aber nicht im Besitz der Vollstreckungsgewalt, sei es eine Heeresmacht oder ein organisiertes Gendarmen- und Polizeikorps. Sie kann nur einwirken auf die ihre Ordnung im Innern einwirkenden wohlgestimmten Elemente, daß sie ihren Einfluß gegen Ausschreitungen durchsetzen möchte. Eine allgemeine Besserung kann erst eintreten, wenn die Reichsregierung über das zurückgekehrte Frontheer verfügen kann.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, 28. November 1918.

Bürgerversammlung. Die Bürgerversammlung am gestrigen Abend in der „Linde" gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung der hiesigen Bürgerschaft. Auch zahlreiche Damen waren erschienen. Herr Stadtschreiber Lang leitete die vom Volksverein einberufene Versammlung, gedachte in warmer Weise unser selbigen Helden, streifte in großen Zügen die gegenwärtige politische Lage bei uns und erteilte Herrn Professor Bauer das Wort zu seinem Vortrag über die gegenwärtige Lage und die allernächsten Aufgaben des Bürgerturns. Der erste Teil seiner Ausführungen umfaßte die Schuldfrage am Weltkrieg. Nicht einzelne Personen tragen die Hauptschuld, sondern das imperialistische System der Reichsmächte. Im übrigen müsse man aber gegenüber in seinem Urteil vorsichtig sein, da man noch nicht alle Dokumente kenne. Ein Teil der Schuld komme auf das veraltete militäristische System. Im zweiten Teil behandelte der Redner, wie man den Schutt des zusammengebrochenen Staatengebäudes wegschaffen soll. Im dritten Teil gab er Richtlinien für das Bürgerturn der Zukunft. Er empfahl den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien zu einer deutschen, demokratischen Partei, zu einer deutschen, d. h. einer solchen, welche ein würdiges, deutsches Nationalbewußtsein ohne Nationalismus zur Grundlage hat, zu einer demokratisch-sozialistischen und sozialen Gemeinschaft, die die Menschenwürde des einzelnen achtet. Es sei eine Pflicht des Bürgerturns — auch die Arbeiter gehören hierzu — bei den kommenden Wahlen geschlossen vorzugehen. Deshalb begrüßte der Vortragende nochmals die zahlreich erschienenen Damen. Es kam in der Zukunft auf jede Stimme an. Die Rede schloß mit einem Ruf zum Eintritt in die deutsche demokratische Partei. Reichlich Beifall wurde den sachlichen Ausführungen zuteil. In der lebhaftesten Diskussion wurde besonders die Kriegsschuldfrage, die Einheitsfrage, das Verhältnis zur gemäßigten Sozialdemokratie, die Wahl von Bürgerturnen gestreift. Es wurde in Aussicht genommen, am einen der nächsten politischen Volksversammlungen zu behandeln. Eine Resolution, welche die baldige Wahl einer Nationalversammlung fordert, fand einstimmige Annahme. Mit warmen Dankesworten schloß der Vorsitzende die Versammlung. Der Wortlaut der Resolution ist: Die heute im Trauben-saal in Magold zahlreich versammelte Bürgerschaft spricht die Erwartung aus, daß die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung in aller Eile vorgenommen werden, um unsere Feinde den Vorwand zu nehmen, für Ruhe und Ordnung in unserm deutschen Vaterland sorgen zu müssen.

Die Württemberger auf dem Marsch. Wie wir hören, waren die milit. Divisionen auf ihrem Rückmarsch gestern in der Umgebung folgender Orte untergebracht: 26. Inf.-Div.: Hillesheim; 27. Inf.-Div.: Wittlich; 26. Ref.-Div.: westlich Elb.; 204. Inf.-Div.: Hillesheim; 242. Inf.-Div.: südwestlich Coblenz; 243. Inf.-Div.: Euskirchen; 2. Landw.-Div.: unmittelbar südlich Ludwigshafen; 26. Landw.-Div.: im Marsch vom südlichen Baden auf Ludwigen.

Note Kreuz-Geldlotterie. Nächsten Mittwoch findet im Verhandlungsjaal der Stadtkassendirektion Stuttgart die Ziehung der Note Kreuz Lotterie statt. 2460 Geldgewinne mit 58000 Mk. kommen zur Verlosung. Hauptgewinn 25000 Mk. Lohe zu 2 Mk. sind noch durch die bekannten Verkaufsstellen zu beziehen. Der Generalkontrakt ist der Firma S. Schweißert, Marktplatz 6, Stuttgart, übertragen.

12. Staatslotterie, 5. Klasse, 13. Ziehungslos. Auf Württemberg gezogene Gewinne: 23. Nov. 1918. 300 A auf Nr. 184 329. 1000 A auf Nr. 306 82. 177 982. 182 525. 186 301. 187 056. 187 908. 188 490. 189 936. 226 673. 500 A auf Nr. 30 942. 174 320. 177 611. 178 562. 187 605. Außerdem 163 Gewinne zu 240 A. — (Ohne Gewähr.)

Hallerbach. Letzten Sonntag fanden in Hallerbach und Oberaltheim Versammlungen statt, die auf Veranlassung des Ernährungsministeriums vom landwirtschaftlichen Bezirksverein veranstaltet waren und bei denen Herr Landtagsabgeordneter Schabbe über Volksernährungsfragen sprach. Die Versammlungen waren sehr zahlreich besucht, ein Beweis dafür, wie sehr es heutzutage jeden drängt, über unsere Lage zu hören und zu den sich anbahnenden Fragen Stellung zu nehmen. In beiden Versammlungen wurde nachsichende Entschlüsse einstimmig angenommen: Die heute in Hallerbach (Ober-

heim) tagende sehr zahlreich besuchte Versammlung von Landwirten von hier und der Umgegend spricht ihre Zustimmung zu dem vom Ernährungsministerium herausgegebenen Flugblatt, unsere Volksernährung betreffend und ihre Bereitwilligkeit zur Erfüllung ihrer Pflichten unserem Volke gegenüber aus. Sie erwartet aber dafür auch von der Regierung, in möglichster Höhe unserem Lande die Nationalversammlung und durch diese eine vom Vertrauen des ganzen Volkes getragene Regierung zu geben, um so zu einem baldigen gerechten Frieden zu kommen. — r.

Aus dem übrigen Württemberg.

Göhringen. In einer sehr zahlreichen Versammlung am letzten Sonntag im Gasthof zum Mohren wurde ein Arbeiterrat aus 4 Mitglieder und ein Bauernrat aus 6 Mitglieder gewählt. Nach der Wahl wurde ein Aufruf erlassen an sämtliche Landwirte mit der Bitte allem auszubieten, daß jeder seiner Pflicht zur Ablieferung staatlicher Lebensmittel an die rechtmäßigen Stellen nachkommen soll um dadurch der gegenwärtigen Not abzuwehren. r **Reitweil.** Sichern um die Mittagstunde sind mit klingendem Spiel die ersten Truppen hier eingezogen, die hier einquartiert wurden. Es sind Angehörige der 6. bayrischen Landwehr-Division. Bei ihrem Einmarsch wurden sie von der Einwohnerschaft freundlich begrüßt und durch Zuwerfen von Blumen und Leibesgaben erfreut. r **Beffingen.** Hier ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. p

Eine schwere Bedrohung der Pressefreiheit liegt sich dem Deutschen Volksblatt zufolge, der Arbeiter- und Bauernrat in Reimsdorf gegenüber dem dortigen Zentrumblatt „Vaterland Volkszeitung" zu schulden kommen. Eine Abordnung erklärte dem Redakteur die Zeitung dürfe nicht mehr so scharfe Artikel über die Revolution bringen, sonst könne man dem Redakteur nicht mehr für sein Leben und Gut garantieren. (!) Mit Recht bemerkt das Deutsche Volksblatt dazu: „Soll das die vorgeschriebene Freiheit sein, die die Erziehung der Revolution bedeuten soll!"

Letzte Nachrichten.

Eine neue Note Solfs.

Köln, 28. November Draht. Die „Köln. Ztg." bringt eine Neuermeldung, wonach Dr. Solf mit Bezug auf die Ausführungsbestimmungen für Lokomotiven und Wagen erklärt, daß diese wegen des schlechten Zustands des Materials unauflösbar seien. Er erbittet daher eine Verlängerung bis zum 1. Februar.

Die Entente und die deutsche Abplitterung.

Haag, 26. Nov. W.B. Draht. Der Neue Courant schreibt, die Entente arbeite bereits an einem Sonderband aus den südlichen und den rheinischen Gebietsstellen Deutschlands. Wenn Berlin diesen Vorfällen nicht Rechnung trage, werde man bald vor unabwehrlichen Ereignissen stehen. Aus der neuen Lanfing-Note kann man heraus lesen, daß eine Föderation bolschewistischer Verbände nur zur Erhöhung des Stenches im deutschen Volk beitragen kann. Ihren Bedingungen kann Deutschland nur nachkommen, wenn der Zeitverlauf in Berlin mit anderen Reichsteilen sich zur Zusammenarbeit zusammenschließt.

Die Pressefreiheit.

Berlin, 28. Nov. W.B. Draht. Der Rat der Volksbeauftragten hat bei der Übernahme der Regierungsgeschäfte bekanntgegeben, daß die Pressefreiheit in vollem Umfange ausrecht erhalten werden soll. Es ist daher unzulässig, wenn von einzelnen Arbeiter- und Soldatenräten in die Pressefreiheit eingegriffen werde.

Tschechischer Einmarsch in Ungarn.

Budapest, 26. Nov. W.B. Draht. Nach Mitteilung des Kriegsministeriums haben tschechische Truppen Nagysombai besetzt. Im Moldanatal vorrückten reguläre rumänische Truppen auf und begannen in mehreren Kolonnen mit dem Vormarsch über die Grenze.

Alle die Schriftleitung verantwortlich Paul Gagg, Magold. Druck v. Verlag des G. B. Sauerländer Buchverlag (Karl Sauer) Magold.

Amtliches.

Oberamt Magold.

Der neugewählte Ortsvorsitzer Johannes Dürr in Mindersbach wurde heute verpflichtet und in sein Amt eingesetzt.

Den 25. Nov. 1918. Reg.-Rat. Kommerell.

Verkauf von Pferden, Fuhrwerken und Gerätschaften.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntgabe in Nr. 277 des Staatsanzeigers wird weiter mitgeteilt, daß am Freitag, den 29. November und am Samstag, den 30. November ds. J. je von vormittags 10 Uhr an in Döringen, in Sindringen und Neuenstein Oberamtis Döringen, sowie in Hall und Rügelsau je auf dem Marktplatz mehrere 1000 Pferde, sowie auch Maultiere und Esel, weiler Wagen, Gerätschaften (insbes. Mähmaschinen und Häckselmaschinen) Versteigerung von einer österreichischen Infanteriedivision verkauft werden.

Nach erfolgtem Verkauf ist dar zu bezahlen, Kriegoanleihe wird nicht angenommen. Den Käufern wird empfohlen, sich von der Infanteriedivision eine Bescheinigung über den Erwerb ausstellen zu lassen.

Stuttgart, den 26. November 1918.

Zentralstelle für die Landwirtschaft
Sttg.

